

## Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

### Gewerbegebiet Galgenfeld – Geheimsache Bürgerbeteiligung

#### Es geht um mehr als um ein neues Gewerbegebiet

Selten war der Vorschlag der Stadtspitze für ein neues Gewerbegebiet so unausgegoren. Selten hat sie die Bürgerbeteiligung gleich am Anfang so an die Wand gefahren. Auf der Einwohnerversammlung stellte OB Neher zur Überraschung vieler seine Vision eines Gewerbegebiets Galgenfeld vor und verkündete, dass der Gemeinderat schon im Herbst eine erste Entscheidung treffen soll.

In der Klausurtagung hatte sich alles noch ganz anders angehört: Eine ergebnisoffene Prüfung ohne Zeitdruck sollte stattfinden. Mehrheitlich gaben die Teilnehmer eine „Empfehlung“ für einen Prüfauftrag an die Verwaltung ab, sowohl das Obere Feld wie auch das Galgenfeld genauer zu untersuchen. Und natürlich sollte das Thema in der Öffentlichkeit, besonders mit Kiebingen, breit diskutiert werden. Doch bis zur Einwohnerversammlung passierte zehn Monate lang nichts, kein einziges Gespräch fand mit dem Ortschaftsratsrat Kiebingen statt, der einstimmig ein Gewerbegebiet ablehnt.

Jetzt löcherten Mitglieder der Initiative „Kein Gewerbegebiet im Galgenfeld“ in der Bürgerfragestunde den OB mit Fragen und forderten (neue) Fakten: Welche Informationen führen zu einer Neubewertung des Gebietes, das 2009 aufgrund des Regionalplans noch ausgeschlossen wurde? Warum wurde bei der Klausurta-

darf? Was ist mit Rottenburg-West? Wie sieht es in den Teilorten aus?

Der Auspendler-Saldo von 7.700 Personen soll durch mehr Gewerbe verringert werden. Entstehen Arbeitsplätze nur durch Gewerbe? In Kitas, Pflegeheimen, in der Verwaltung gab es in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze, mit Beschäftigten aus Remmingsheim, Hirrlingen und Horb, also Pendlern. Ist das nun gut oder schlecht? Und es



gung im Juli 2016 alle Teilorte aus der Diskussion über mögliche neue Gewerbegebiete ausgeschlossen? Wie viele Interessenten gibt es für das Galgenfeld?

Die Argumente von OB Neher sind mehr als fragwürdig:

Man brauche mehr Gewerbefläche in Kernstadtnähe. Bis heute ist unklar, was mit dem Rest vom DHL-Gelände wird, welche Leerstände in Siebenlinden und wie viele Optionsflächen es gibt. Wie hoch ist der tatsächliche Be-

werden dringend weitere Beschäftigte benötigt, um die zusätzlichen Aufgaben und den wachsenden Zeitdruck zu bewältigen! Wegen der schlechteren Bezahlung in Rottenburg arbeiten z.B. viele Erzieherinnen in Tübingen oder Ammerbuch – bessere Bezahlung bringt mehr Arbeitsplätze vor Ort!

Rottenburg stehe in Konkurrenz „mit allen Gebieten südlich der A 81 – Sulz, Horb, Tübingen“. Ist das neu? Wie wäre es mit einem eigenständigen Profil für unsere Stadt?

>>>

Lesen Sie weiter:

Neuer Bahnchef „finster“ entschlossen S 21 zu vollenden Seite 3

Vom hässlichen „Galgenfeld“ zum schöneren „Herdweg“ Seite 5

Kein Bleiberecht für „Wirtschaftsflüchtlinge“? Seite 7

Griechenland - Stabile Depression oder mögliche Entschuldung Seite 9

Bericht von einer Arbeiterbrigade in Cuba Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Durch Gewerbe bekomme die Stadt mehr Steuereinnahmen. **So viel Gewerbe kann die Stadt gar nicht neu schaffen, wie die grün-schwarze Landesregierung aktuell den kommunalen Geld über den kommunalen Finanzausgleich wegnimmt, um in der Öffentlichkeit mit einer Schwarzen Null zu prahlen.** Hier besteht dringender Handlungsbedarf gegenüber den Finanzkürzungen der Landesregierung!

#### Was soll das alles?

Warum baut die Stadtspitze so einen Zeitdruck auf, anstatt die vielen As-

pekte gewissenhaft zu prüfen und die Ängste der Kiebingen ernst zu nehmen? Hat Kiebingen durch die B 28 neu nicht schon genug Flächen zum Wohl der Stadt geopfert?

Jetzt kommt es darauf an, ohne Zeitdruck in einer breiten Diskussion unter Einbeziehung aller Teillorte und aller offenen Fragen (einschließlich von Rottenburg-West und der Verkehrssituation im Weggental) eine wirkliche ergebnisoffene Bürgerbeteiligung zu starten. Dabei muss die Rathausspitze vermeiden, dass sie die Fehler ihrer Auffassung von „Bürgerbeteiligung“ wie beim Schänzle oder beim Haus der Nachbarschaft im Kreuzerfeld wieder-

holt und Ergebnisse nur dann ernst nimmt, wenn sie ins (schon vorbereitete) Konzept passen.

**Im Kern geht es nicht allein um Gewerbe, sondern um die Frage, wie nachhaltig wir mit unserer Natur umgehen, welche Zukunft wir für die Menschen in unserer Stadt wollen und was uns Demokratie wert ist.**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

**Bündnis von 31 Organisationen, Verbänden und Gewerkschaften - Stuttgart, 3. April 2017**

## **Rente muss zu einem Leben in Würde reichen! Teil 2**

Die private Altersvorsorge, als dritte Säule, sollte die Kürzungen ausgleichen. Die private Altersversorgung hat aber versagt, sie ist im Gegensatz zur gesetzlichen Rente hohen Kapitalmarktrisiken ausgesetzt. Niedrigzinsen, Währungskrisen oder Aktiencrashes führen zu massiven Wertverlusten. Zudem sind die Provisionen und Verwaltungskosten hoch. Die Rendite der meisten privaten Vorsorgeprodukte ist niedriger als die der gesetzlichen Rentenversicherung.



Die betriebliche Altersversorgung, als zweite Säule erreicht leider nur einen Teil der Beschäftigten - 59,5 Prozent. Je nach Wirtschaftsbereich und Unternehmensgröße ist die Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung sehr unterschiedlich. In den meisten Bereichen der Dienstleistungsbranchen und der Privatwirtschaft gibt es dieses Angebot nur in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Die Stärkung des Betriebsrentengesetzes ist deshalb ein wichtiger Schritt. Viele Beschäftigte werden hiervon jedoch nicht erreicht. Gerade auch deswegen brauchen wir dringend einen Kurswechsel in der Rentenpolitik.

#### **Baden-Württembergisches Bündnis gegen Armut im Alter**

Es gibt keinen Verteilungskonflikt zwischen den Jüngeren und den Älteren. Es geht heute um die Rente unserer Kinder und Enkelkinder. Die Rentenversicherung kann zukunftssicher gemacht werden, ohne eine Senkung des Rentenniveaus und ohne weitere Anhebung der Altersgrenzen. Die Konzepte dafür liegen alle auf dem Tisch.

(Zum Beispiel: AWO: „Armutursachenanalyse“, Caritas: „Situationen und Tendenzen zur Altersarmut“, DGB-

Bundesvorstandsbeschluss, DGB - Kampagnenseite [www.rente-muss-reichen.de](http://www.rente-muss-reichen.de), Beitrag des Landesseniorenrats und Sozialverbandes VdK zum Ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, Armutsbericht DER PARITÄTISCHE, VdK-Forderungspapier zur Bundestagswahl, VdK-Positionspapier zur EM-Rente.)

Wir begegnen schon jetzt in unserer täglichen Arbeit immer wieder Altersarmut und kennen deren soziale und gesellschaftliche Auswirkungen. Seit Jahren warnen wir vor der Gefahr der wachsenden Altersarmut, die nicht nur eine Ausgrenzung der unmittelbar Betroffenen, sondern auch eine Bedrohung der heute noch beschäftigten Menschen ist. Wenn der Wohlfahrtsstaat versagt, drohen nicht nur soziale Konflikte, sondern auch eine grundsätzliche Legitimationskrise der demokratischen Gesellschaft, deren Vorzeichen bereits heute im Wahlverhalten und der Parteienlandschaft sichtbar sind. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe, in Anknüpfung und Ergänzung zu den bereits bestehenden Bündnissen, auf diese weiteren Problemfelder und Herausforderungen hinzuweisen.

#### **Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzliche Rente gestärkt und armutsfest gemacht wird.**

Im Jahr der Bundestagswahl wollen wir uns besonders dieses Themas annehmen, um auf die drohenden sozialen Folgen in ihren vielschichtigen Ausprägungen aufmerksam zu machen und gemeinsam für eine starke gesetzliche Rente zu kämpfen, die zu einem Leben in Würde reicht.

(Mitglieder des Bündnisses unter <https://www.elk-wue.de/news/03042017-buendnis-gegen-altersarmut/>)

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# Neuer Bahnchef Lutz – „finster entschlossen“ Stuttgart 21 zu vollenden

Einige Wochen hat es schon gedauert, bis der vakante Posten des Bahnchefs wieder neu besetzt wurde. Erinnern wird uns: Ende Januar ist der bisherige Bahnchef Grube wegen Querelen mit dem Bahn-Aufsichtsrat bezüglich seiner Vertragsverlängerung ganz plötzlich zurückgetreten und hat sofort seinen neuen „Wirkungskreis“ als Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) gefunden.

Als „Kronprinz“ wurde schon längere Zeit der ehemalige Kanzleramtsminister Pofalla gehandelt, dessen „Verdienste“ darin bestanden, im Auftrag von Kanzlerin Merkel Stuttgart 21 trotz drastisch gestiegener Kosten mit kriminellen Methoden durchzudrücken, obwohl das Projekt sich längst unwirtschaftlich rechnete. Allerdings hätte Pofalla für diesen Posten erst „aufgebaut“ werden müssen, was durch den überraschenden Abgang Grubes nicht mehr möglich war. Jetzt agiert er als Infrastrukturvorstand und ist Nachfolger von Volker Kefer.

Nun hatte sich der DB-Aufsichtsrat zum Ziel gesetzt, den Posten des Bahnchefs mit einer Persönlichkeit zu besetzen, die fachlich nicht mehr aus der Automobil- oder Luftfahrtbranche, sondern aus Eisenbahnerkreisen kommt. Doch ausschlaggebend für die Besetzung ist letztlich die Politik.

Nun einigte sich die auslaufende Große Koalition auf den gelernten Betriebswirt Richard Lutz als sozusagen kleinsten gemeinsamen Nenner, obwohl dieser nur bedingt Eisenbahner ist. Lutz war seit 2010 unter Grube im DB-Vorstand für Finanzen und Controlling zuständig. Dieses Ressort behält er weiterhin bei, so dass er jetzt nicht nur Bahnchef, sondern darüber hinaus auch sein eigener Finanzvorstand in einer Person ist.

Mit seinen 52 Jahren gilt Lutz für diesen Posten als jung, dynamisch, frisch und voller Elan, als ein Hansdampf in allen Gassen. Als neuer „Hoffnungsträger“ könne er offenbar nach dem Motto „neue Besen kehren gut“ den schwerfälligen DB-Konzern auf das richtige Gleis steuern.

Bei seiner Nominierung ging sein Credo durch alle Medien, er sei „finster entschlossen, Stuttgart 21 zu Ende zu führen, zu einem guten Ende“. Bei diesem wenig bekannten und gebräuchlichen Begriff kann es sich nur noch um eine Steigerung von „fest entschlossen“ handeln, was bereits als in eine Idee „vernarrt“ oder gar „finstere Be-



sessenheit“ interpretiert werden kann. Immerhin bezeichnet er selbst Stuttgart 21 als sein „Herzensein“, sein „Baby“, in das er sich verliebt hat.

Lutz weiter zu S21: „Wir werden es machen, im Rahmen der Kosten und im Rahmen der Terminpläne, die wir vereinbart haben.“ Interne Gutachten gäben ihm die entsprechende Sicherheit. Der neue Tiefbahnhof und die Tunnelstrecken in und um Stuttgart sollen 2021 in Betrieb gehen und der Kostenrahmen liege bei 6,5 Milliarden Euro. Infrastrukturvorstand Pofalla fügte noch hinzu, mögliche Probleme mit dem quellfähigen Gestein Anhydrit seien „beherrschbar“.

Derartige Äußerungen können nur von jemandem stammen, dem der Sinn für Realität völlig entglitten ist. Da führt auch keine Euphorie dran vorbei.

Dabei ist es doch gerade das von der Bahn in Auftrag gegebene Gutachten von den Wirtschaftsprüfern KPMG und Ernst Basler + Partner, das sämtliche o. g. Behauptungen von Lutz aus den Angeln hebt. Dieses Gutachten besteht allerdings aus einem (bisher nicht veröffentlichten) für die Bahn extrem kritischen Hauptteil und einer für die Öffentlichkeit „geschönten Zusammenfassung“, die quasi als „Beruhigungspille“ alle kritischen Bestandteile ausklammert.

Das Gutachten attestiert u. a. die Gefährdung der Betriebstauglichkeit durch 20 km Tunnel im quellfähigen Anhydrit, während von der Bahn bezahlte Leute des Büro Wittke die gut-

achtlich bescheinigten Gefahren verleugnen. Auch die Verkehrsgefährdung durch sechsfach regelwidrige Gleis- und Bahnsteigeneigung von S21 ist unbestreitbar, ebenso der den Bahnkonzern und die Allgemeinheit schädigende Kapazitätsabbau, zuletzt bekräftigt durch Prof. Ingo Hansen.

Aber auch der Bundesrechnungshof (BRH) widerspricht Lutz. Demnach entstünden die höheren Kosten insbesondere durch falsche Bewertung der Baurisiken, Terminrisiken und Umplanungen. Darüber hinaus be-

anstandete der BRH u. a. die Förderung eines unwirtschaftlichen Projekts. Auch habe der BRH Zweifel, ob S21 bis Ende 2021 fertig gestellt werden könne und geht deshalb vom Jahr 2023 aus. Besonders beschäftigt den BRH die Haftungsfrage, nachdem das Projekt trotz mehrfacher Verteuerung weitergeführt wird und demnach als unwirtschaftlich gilt.

Wer nun gehofft hatte, durch Lutz komme Bewegung in das Dilemma Stuttgart 21, der hat sich getäuscht. Als engster Vertrauter von Grube wäre dies auch kaum zu erwarten gewesen, so dass mit ihm eher ein „finsteres Weiter so“ vorprogrammiert ist. Und auch das Alternativprojekt „Umstieg 21“ ist für Lutz absolut kein Thema.

Selbst wenn Lutz am Anfang noch „blind vor Liebe“ ist und glaubt, der „Himmel sei voller Geigen“, er sein „Baby Stuttgart 21“ über alles verehrt und verhätschelt, so wird jedoch, wie so oft in der Liebe, schon sehr bald der Euphorie die Ernüchterung folgen. Dann nämlich wird er feststellen, dass Stuttgart 21 kein „Projekt der Träumereien“ ist, sondern eine Illusion, die er „finster entschlossen“ gegen die Wand fahren wird. Deshalb sollten wir unsere ganze Kraft und Energie dafür einsetzen, dass er möglichst bald aufwacht und zu dieser Erkenntnis kommt, und daher

## OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt  
Rottenburg

# Kranke Kassen

## Ablehnung aus versicherungsrechtlichen Gründen

**Es kann jeden einmal erwischen: Zum Beispiel mit einer kaputten Schulter, einem defekten Knie oder eben einer ausgeleierte Hüfte. Letzteres ist mir passiert und so begab ich mich auf Anraten eines Rottenburger Orthopäden flugs in die Obhut des Klinikums Sindelfingen-Böblingen, wo mir kundige Chirurgen eine nagelneue Hüfte (Coxarthrose links) einpflanzten.**

Um es gleich zu sagen: Ärzte und pflegendes Personal waren sehr freundlich, patientenzugewandt und stets hilfsbereit. Da gab es wirklich nichts zu klagen, selbst das Krankenhausessen war viel besser als befürchtet. Ein Lob also für alle, die sich um meine lädierte Hüfte und Lende am Rande des Gäus kümmerten. Respekt und Hut ab vor jenen Krankenschwestern und Pflegern, die oft unter schwierigen Arbeitsbedingungen ganz nah am Menschen ihr Bestes geben.

Der Zufall wollte es, dass ein Mitpatient in meinem Zimmer am selben Tag wie ich entlassen werden sollte, um dann sofort anschließend in die Reha-Klinik zu kommen. Und als wäre

das Maß des Zufalls nicht schon voll, wollte es das Schicksal, dass wir beide nach Bad Urach umgebettet werden sollten und zur gleichen Entlassungsstunde das Krankenhaus verlassen durften, um dort, umspielt von heilenden Quellen und vielversprechenden Anwendungen, den Heilungsprozess unter therapeutischer Hilfe fortzuführen. Was lag näher, als der Krankenhausverwaltung und den Krankenkassen vorzuschlagen, dass wir nur ein Auto, ein Krankenhaustransport bemühen wollten, um die noch instabilen Körper nach Bad Urach zu transportieren. Mitdenkende Patienten, so dachten wir, seien gefragt, auch Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer, müsste über den sparsamen Handlungsansatz der deutschen Patienten dem Grunde nach begeistert sein.

Die zunächst ungewöhnliche, ja revolutionäre Anfrage aus Zimmer 11, 6. Stock, Arthur-Gruber-Straße 70 musste des längeren und breiteren geprüft wer-

den. Ein einziges Auto für den Krankentransport zweier Patienten – gewiss ein pikantes Novum im Verwaltungsalltag eines deutschen Krankenhauses.



Schlussendlich wurde ein gemeinsamer Patiententransport verweigert, weil wir beiden Hüftoperierten jeweils einer unterschiedlichen Krankenkasse angehörten. Ein einmaliger Transport, der die Umwelt und die Versicherungsgemeinschaft wenigstens ein bisschen geschont hätte und eine

Ersparnis für die deutschen Krankenkassen bedeutet hätte, musste aus „versicherungsrechtlichen Gründen“ abgelehnt werden. So düsten zwei Reha-Patienten mit zwei unterschiedlichen Automobilen am selben Tag und zur selben Stunde nach Bad Urach.

**Deutschland, Deine Kassen, kann man da nur ausrufen oder eben auch: Deutschland Deine kranken Kassen.**

Christian Hörburger, Gemeinderat

## Kindergarten auf dem DHL-Gelände Weiterer Erfolg für DIE LINKE

**In der Einwohnerversammlung kündigte OB Neher überraschend die Einrichtung eines Kindergartens mit zwei bis drei Gruppen im Neubaugebiet DHL-Gelände an.**

Jahrelang hatte **DIE LINKE** auf die Notwendigkeit weiterer Betreuungsplätze hingewiesen, vor allem im Zusammenhang mit dem Zuzug junger Familien im Kreuzerfeld-Süd. Die Zahl der Kinder unter sechs Jahren war dort von 82 (2013) auf 117 (2016) drastisch gestiegen, die Kinder werden teilweise in Bad Niedernau untergebracht.

Für das Neubaugebiet DHL-Gelände forderte **DIE LINKE** deshalb eine soziale Infrastruktur im Hinblick darauf, dass das gesamte Gelände endlich zum Wohngebiet umgewidmet wird. Jahre-

lang antwortete die Stadtverwaltung: Südlich des Neckars gibt es in der



Kernstadt keinen Bedarf an Kiga-Plätzen.

Jetzt machte die Stadt mit ihrer Ankündigung eine Kehrtwende um 180 Grad. Nach Neher's Angaben im Sozialausschuss soll der Kindergarten in einem der Wohngebäude der Wohnbaugesellschaft (WBG) untergebracht werden.

**Die Stadt will die Räume von der WBG mieten. Da ihr die WBG gehört, wälzt sie die Investitionskosten auf die WBG ab – und zahlt an sich selbst Miete! Praktisch, nicht wahr?**

Ob mit diesem neuen Kindergarten alle Platzprobleme gelöst werden, darf bezweifelt werden.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

# Vom hässlichen „Galgenfeld“ zum schöneren „Herdweg“ Was kümmern ökologische Belange, wenn „Wachstum“ lockt?

Wer mit der Rottenburger Verwaltungsspitze über neue Gewerbeansiedlungen spricht, der wird bemerken, dass sich die wackeren Zukunftsplaner mächtig unter Strom fühlen. Die Zukunft scheint sich ihnen in Windeseile aus dem Staub zu machen und einfach davonzurennen. Mächtige Nachbargemeinden wie Tübingen, Herrenberg oder Bondorf wollen die einkommensteuerschenkenden Auspendler aus der Domstadt unbedingt in ihre Fänge bekommen oder wenigstens behalten, zum Segen des eigenen, egoistisch verwalteten Steueraufkommens.

Wie geifernde die Hyänen stürzen sich die Nachbarn auf uns und die arbeitende Bevölkerung mit dem Ziel, uns künftig in Armut und soziale Abhängigkeit zu stürzen. Die Rottenburger Spitze wittert einen gewerbepolitischen Tsunami, eine mörderische Konkurrenz, eine ungezügelte Sintflut biblischen Ausmaßes, heimtückisch losgetreten im reichen Umland, die nur ein Ziel verfolgt, Rottenburg und seinen Prosperität schon im Keime zu ersticken.

In den umliegenden Gemeinden lauern sie überall, die Palmers und die Kretschmänner, denen ein blühendes Rottenburg ein fürchterlicher Dorn im Auge ist. Deswegen, und nur deswegen, steht es nicht gut um die letzten ökologisch wertvollen Grüngürtel zum Beispiel am Rammert zwischen Martinsberg und Kiebingen. Die noch ungeborenen Enkel der Region schreien förmlich nach neuem Bauerwartungsland im Zeichen neuer gewerblicher oder vielleicht auch industrieller Ansiedlung. Sie scheinen zu rufen:

*Wir wollen niemals aus Rottenburg auspendeln, um unser täglich Brot in der Ferne zu verdienen, jeder Steuer-*

*groschen soll dem Stadtkämmerer zum Segen der dortigen Gläubigen verbleiben!*

Wir fassen zusammen:  
**Mit allen gebotenen Mitteln, kleinen und größeren Tricksereien, versucht die Verwaltung ein neues Gewerbegebiet im Gewann Galgenfeld bei Kiebingen durchzuboxen.**

Politisch vorbereitet wurde das Ganze bei einem (selbstverständlich) nicht öffentlichen Sommer-Symposium 2016, als der OB noch mit Samthandschuhen und Schalmeienklängen versuchte, seine Gewerbeansiedlung den lieben Gemeinderäten schmackhaft zu machen. Nichts sei festgezurr, alles sei in



Montage: N. Kern

der Schwebe und überhaupt. Jetzt werden die Äußerungen der Verwaltung (obwohl juristisch nichts beschlossen) lauter, ja bedrohlicher.

Da die ordentliche Namensgebung „Gewerbegebiet Galgenfeld“ etwas zutiefst Unschönes hat, bedient sich jetzt die Kommune eines neuen Namens und hat ganz ungefragt eine Um-

taufung vorgenommen und spricht schüchtern vom „Gewerbegebiet Herdweg“.

Das klingt harmloser und erinnert eben nicht mehr an die Hinrichtung des Wiedertäufers Michael Sattler am 20. Mai 1527 auf eben diesem Gewann, dem dann Tage später die Ertränkung seiner Frau Margaretha im Neckar folgte.

Entlarvende oder hässliche Namen werden im politischen Alltag schon immer umgetauft: Das „Kriegsministerium“ des vergangenen Jahrhunderts wandelte sich in diesem Zusammenhang zum „Verteidigungsministerium“.

Es hat fast den Anschein, als habe Oberbürgermeister Neher vom befreundeten Regierungspräsidenten Klaus Tappeser (nicht-öffentlich) die ersten Rauchzeichen erhalten, die besagen sollen, dass ein Gewerbegebiet Galgenfeld auf Zustimmung und Duldung durch das RP rechnen kann.

**Die Diskussion um ein künftiges Gewerbegebiet Galgenfeld ist ein klassisches Beispiel dafür, wie auch die lokale Politik sich nur lustlos um Naturschutz und ökologische Belange kümmert und stattdessen die Zerstörung der letzten Grünflächen im Zeichen des „Wachstums“ für wichtiger hält als den vernünftigen Umgang mit unseren Ressourcen.**

„Es ist eine alte deutsche Krankheit, dass man mit dem Hinweis auf das Beste von morgen das Gute von heute nicht macht, und das Schlechte von gestern bleibt“, sagt Klaus Töpfer in diesem Zusammenhang; Töpfer war CDU-Politiker und arbeitete bei der UN als Exekutivdirektor im Umweltprogramm.



**Christian Hörburger**

Gemeinderat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg - Obernau

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# Autobahnprivatisierung - also doch!

**Unsere Straßen  
sollen  
öffentlich bleiben!**

**DIE LINKE.**



In der April-Ausgabe von „Neues aus dem Neckartal“ habe wir bereits die Frage gestellt: „Autobahnprivatisierung - Schnäppchen oder Millionengrab?“ Versteckt hinter „Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs“ wird im Bundestag namentlich über eine Grundgesetzänderung abgestimmt, die laut Entwurf keineswegs einen Verkauf von Autobahnen ausschließt.

„Eine Beteiligung Privater im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften ist ausgeschlossen für Streckennetze, die das gesamte Bundesautobahnnetz oder das gesamte Netz sonstiger Bundesstraßen in einem Land oder wesentliche Teile davon umfassen.“

Man beachte die Formulierung „das gesamte Autobahnnetz“ und „das gesamte Netz sonstiger Bundesstraßen in einem Land oder wesentliche Teile“. Eine Teilprivatisierung wird also nicht ausgeschlossen. (Ke)

## Geisterfahrer CDU und SPD

### Einigung der Koalition macht Abzocke der Autofahrer möglich

"Union und SPD haben sich darauf geeinigt, der Privatisierung der deutschen Autobahnen die Tür zu öffnen. Die Große Koalition befindet sich damit auf einer Geisterfahrt gegen die weit überwiegende Bevölkerungsmehrheit, die eine Autobahnprivatisierung nicht will. Die Steuerzahler haben die Autobahn bezahlt und sollen trotzdem zukünftig auf der Autobahn für die Rendite der Finanzbranche zur Kasse gebeten werden", erklären Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch zur Einigung der Koalition zu den Grundgesetz- und Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der Bundesautobahngesellschaft. Die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Die Bundesregierung täuscht die Öffentlichkeit, wenn sie behauptet, dass mit den vorliegenden Grundgesetzänderungen die Privatisierung der Autobahnen verhindert wird. Genau das soll die Grundgesetzänderung ermöglichen. Wenn die Große Koalition das nicht wollte, müsste sie auf die entsprechende Grundgesetzänderung verzichten. Und sie

dürfte die Autobahnen nicht in eine privatrechtliche Gesellschaft übertragen, wodurch sie der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen sind. Auf der Grundlage der Einigung zwischen Union und SPD wird die Privatisierung von Autobahnteilstrecken einfacher und Privatisierungshintertüren beispielsweise über Genusscheine bleiben geöffnet. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung die letzten Sitzungswochen vor den Bundestagswahlen dafür benutzt, um im Eilverfahren einem gigantischen und umstrittenen Privatisierungsprojekt Tür und Tor zu öffnen.

DIE LINKE wird im Bundestag gegen jede Form der Autobahnprivatisierung stimmen, auch wenn die Große Koalition diese Änderungen weiter in erpresserischer Art und Weise im Gesamtpaket zur Reform der Bund-Länder-Finzen zur Abstimmung stellt."

(Pressemitteilung Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch 18. Mai 2017)

**Bodo Ramelow, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Christian Görke, Minister der Finanzen des Landes Brandenburg, Dr. Klaus Lederer, Berliner Bürgermeister erklären:**

Bund und Länder haben Ende 2016 vereinbart, dass der Bund künftig allein für die Bundesautobahnen zuständig sein soll. Dies hatte Finanzminister Schäuble zur Bedingung für den 9,5 Milliarden-Euro-Zuschuss des Bundes zum Länderfinanzausgleich gemacht. Damit nutzte die Bundesregierung die über Jahre geschaffene Finanznot der Länder aus. Schon damals hat das Land Thüringen darauf hingewiesen, dass diese Umstrukturierung nur dann mitgetragen wird, wenn es zu keiner Privatisierung der deutschen Autobahnen und Fernstraßen kommt. In dieser Haltung wurde er vom Vize-Ministerpräsidenten Christian Görke unterstützt, der entsprechend in der Brandenburger Regierung agierte. Die Straßeninfrastruktur gehört zur Daseinsvorsorge und muss vom Staat für alle Bürger vorgehalten werden. Es kann nicht sein, dass die mit Steuermitteln gebauten Autobahnen von privaten Mautkonsortien übernommen werden, um hohe Gewinne zu erzielen.



Wenn es keine wirksame Privatisierungsschranke im Grundgesetz gibt, drohen in Deutschland französische Verhältnisse. Dort werden von privaten Betreibern immense Renditen von über 20% eingestrichen - und zwar auf Kosten der Autobahnnutzer. Auch der Bundesrechnungshof warnt vor einer Privatisierung oder einer Beteiligung privater Kapitalgeber: Die Kosten solcher Autobahnprojekte sind für den Steuerzahler höher als wenn der Staat die Straßen alleine baut und betreibt.

**Wir fordern den Bundestag auf, eine vollumfassende Privatisierungsschranke im Grundgesetz zu verankern. Rechtssichere Formulierungen dafür sind den Fraktionen in einer Anzahl von Gutachten zur Verfügung gestellt worden.**

# Kein Bleiberecht für „Wirtschaftsflüchtlinge“?

## Wie mit Sprache Ausgrenzung und Abschiebung von Geflüchteten betrieben wird

*"Entschuldigen S' die Sprache, das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist - weil den wirst Du nie wieder abschieben. Aber für den ist das Asylrecht nicht gemacht, sondern der ist Wirtschaftsflüchtling."*

So CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer (Augsburger Allgemeine, 19.7.16). Und Obergrenzenhüptling Seehofer stellt sich selbstverständlich hinter die menschenverachtende Aussage seines rechten Wadenbeißers. Dagegen greifen Kardinal Reinhard Marx und der bayrische Landesbischof Bedford-Strohm Scheuer an, weil solche Sätze „Futter für Rechtspopulisten“ seien. Auf seiner Homepage brüstet sich der CSU-Abgeordnete Wolfgang Stefinger: „Mit 4.000 Abschiebungen im vergangenen Jahr hat Bayern die Zahl der Rückführungen verdreifacht und steht bundesweit an der Spitze.“ (11.4.2017) Da wird Thomas Strobl in Baden-Württemberg aber neidisch!

### Bleibeperspektive und „Schutzquote“

Seit die Grünen, allen voran der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann, im Bundesrat der Einstufung der Balkanländer als 'sichere Herkunftsstaaten' zustimmten, **werden Geflüchtete in Personen mit 'schlechter und guter Bleibeperspektive' sortiert.** Diese Unterscheidung hat die Bundesanstalt für Arbeit (BA) übernommen und ist Grundlage dafür, ob Geflüchtete Zugang zu Integrationskursen und Maßnahmen der Arbeitsförderung wie Praktika erhalten oder nicht.

Eine 'gute Bleibeperspektive' haben Geflüchtete aus Syrien, Eritrea, Irak und Iran, nicht aber aus Afghanistan. Sie hatten bis Mitte 2016 nicht die Schutzquote von mehr als 50 Prozent anerkannten Asylanträgen erreicht und werden gezielt abgeschoben, obwohl das Flüchtlingshilfswerk der UN (UNHCR) im Dezember 2016 von

einer drastischen Verschlechterung der Sicherheitsituation im ganzen Land berichtete:

In Afghanistan gab es von Januar bis September 2016 mit 5.835 Verletzten und 2.562 getöteten Zivilisten so viele

**Den Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit führt man nicht gegen Geflüchtete, sondern gegen die herrschende Politik!**

**DIE LINKE.**

Opfer wie seit 2009 nicht mehr. Innenminister Thomas de Maizière bewegt sich nur im Hubschrauber mit Helm und kugelsicherer Weste durch Kabul und verkündet, dass es dort auch sichere Gebiete gebe. Schon im Dezember 2015 wollte er mit seinem Papier „Die Eindämmung der Asilmigration“ die Abschiebung von Afghanen beschleunigen, der zweitgrößten Flüchtlingsgruppe nach den Syrern. Während Gabriel (SPD) eine erneute Überprüfung der Sicherheitslage in Afghanistan ablehnt, will de Maizière jetzt deutsche Soldaten an die Südgrenze des zerfallenden Staats Libyen zum Niger entsenden, um den 'Nachschub' an Flüchtlingen bereits innerhalb Afrikas zu verhindern. Seine Politik macht eine AFD im Bundestag jetzt schon überflüssig!

Merke: **Die Begriffe 'Schutzquote' und 'gute und schlechte Bleibeperspektive' existieren als Rechtsbegriffe in keinem Gesetz, sondern sind eine Behördenfindung und ermöglichen willkürliche Auslegungen.** Der Flüchtlingsrat Niedersachsen bezeichnet sie zu Recht als „politisches Instrument zur gezielten Verhinderung von Teilhabe und zum Ausschluss be-

stimmter Flüchtlingsgruppen“. So werden aktuell massenhaft Ablehnungsbescheide für Geflüchtete aus Afghanistan versandt, damit die 'Schutzquote' ja unter 50 Prozent sinkt!

### Was sind „Wirtschaftsflüchtlinge“?

Die 'Bleibeperspektive' entfaltet ihre Brutalität im Zusammenwirken mit der Diffamierung von Geflüchteten als „Wirtschaftsmigranten, die über das Asylticket einwandern wollen“ (AFD-Sachsen). Mit der Gegenüberstellung von Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen knüpfen CSU und AFD nahtlos an Lothar Späth an, der von einer 'Scheinasylantenlawine' sprach und 1980 ein „faktisch unkontrolliertes Hereinlassen jedes Wirtschaftsflüchtlings“ kritisierte (Spiegel) oder an Otto Schily (SPD), der behauptete, dass nur drei Prozent der Flüchtlinge 'asylwürdig' seien: „Der Rest sind Wirtschaftsflüchtlinge.“ (Berliner Zeitung, 1999)

**Wie unsinnig die Unterscheidung ist, zeigt sich an Syrien, wo Kriegs-, Wirtschafts- und Umweltkatastrophe zusammentreffen: Dort herrscht seit Jahren eine extreme Dürre, der Bürgerkrieg ist letztlich auch ein Verteilungskampf um Wasser- und Kulturland.**

Der in Tübingen geborene Soziologie-Professor Armin Nassehi erklärt den Gegensatz so: „Wer aus politischen Gründen zu uns kommt, bestätigt unsere zivilisatorische Überlegenheit, wer aus wirtschaftlichen Erwägungen kommt, wird ein Konkurrent, auch noch einer, der staatliche Zuwendungen für Wohnung, Nahrung und Telekommunikation erhält, während wir uns dies selbst erarbeiten müssen.“ (Frankfurter Allgemeine, 31.8.2015) Hinzu kommt: Neoliberale Politiker fürchten eine Diskussion über 'Wirtschaftsflüchtlinge', weil dies Fragen nach den Ursachen der Ausplünderung der Bodenschätze Afrikas oder der Ausbeutung in den Textilfabriken in Bangladesh aufwerfen würde. >>>

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

## Mängel des Asylrechts

Entstanden ist das moderne Asylrecht aufgrund der Nazi-Greuel gegen Juden, politische Oppositionelle, Gewerkschaftler und Homosexuelle sowie der Erfahrungen des 2. Weltkriegs. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention (1951) gilt derjenige als Flüchtling, der wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, sozialer Gruppe oder politischen Überzeugung von einem Staat persönlich verfolgt wird. Darunter zählen also weder Kriegsflüchtlinge, Deserteure oder Homosexuelle!

Der 1993 verschärfte Artikel 16a im Grundgesetz engt das Asylrecht auf individuelle politische Verfolgung ein. Genfer Konvention und Grundgesetz erfassen damit nicht Naturkatastrophen, Kriege, Hungersnöte, Verfolgung als ethnische oder religiöse Gruppe, Armut und gefährliche Soziallagen. 1993 erhielten Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge außerhalb des Asylverfahrens (!) im Ausländergesetz einen Sonderstatus als 'subsidiären

Schutz', wenn ihnen ein ernsthafter Schaden wie Folter, Todesstrafe oder unmenschliche Behandlung drohen, so dass aktuell insbesondere Syrer eine 'gute Bleibeperspektive' haben. Dies



zeigt, dass der Druck der Bevölkerung auf die deutsche Regierung – auch wegen ihrer massiven Waffenexporte und der Lieferung von Chemikalien nach Syrien – zur Erweiterung des

Asylrechts geführt hat. **Das Asylrecht ist eine Frage des gesellschaftlichen Kampfes gegen Krieg und Unterdrückung – wie schon nach dem Nazi-Regime und dem 2. Weltkrieg!**

**DIE LINKE** tritt dafür ein, dass kein Mensch illegal ist und jede(r) vor Ausbeutung, Vertreibung und Verfolgung aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen geschützt wird. Fluchtgründe aus Gründen von Hungersnot, Dürre und Umweltzerstörung müssen anerkannt werden und zugleich in den Ursprungsländern bekämpft werden.

Die Unterscheidung zwischen „schlechter und guter“ Bleibeperspektive ist Willkür und gehört abgeschafft.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

## „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Auslese per 'Bleibeperspektive' und 'Schutzquote' im Alltag

**Eine 'gute Bleibeperspektive' entscheidet nicht nur darüber, ob eine Geflüchtete bzw. ein Geflüchteter Zugang zu Integrationskursen und Maßnahmen der Arbeitsförderung erhält. (Siehe oben den Beitrag „Kein Bleiberecht für „Wirtschaftsflüchtlinge“?) Konkret wird sie im Integrationskonzept des Landratsamts Tübingen, das kürzlich verabschiedet wurde.**

Es sieht Integrationsvereinbarungen zwischen Flüchtlingen, Sozialarbeitern und Ehrenamtlichen vor und unterscheidet dabei zwischen einem Clearinggespräch mit allen Geflüchteten über ihre Lebensbereiche und Erwartungen/Ziele und einer Integrationsvereinbarung mit überprüfbareren Zielen („Fördern und Fordern“), die wahrscheinlich nur mit Flüchtlingen mit hoher Bleibeperspektive abgeschlossen werden soll.

Eine noch schärfere Auslese findet zwischen den EU-Staaten bezüglich der Umverteilung von Geflüchteten statt. Im September 2015 hatten die EU-Staaten sich darauf geeinigt, aus den beiden völlig überlasteten Staaten Italien und Griechenland bis zum September 2017 insgesamt 160.000 Geflüchtete aufzunehmen.

**Deutschland hat bis heute nicht einmal die Hälfte der zugesagten 27.000 Personen aufgenommen, weil es nur Geflüchtete aus Herkunftsländern aufnimmt, „bei denen die durchschnittliche Anerkennungsquote in der EU (!) mindestens 75 Prozent“ beträgt.**

Da Polen und Ungarn sich prinzipiell der Umverteilung verweigern, sind die 75 Prozent der EU illusionär – für die Maiziäre ein gefundenes Fressen, keine Geflüchteten aufzunehmen und das

Menschenrecht auf Asyl weiter auszuweihen.

Es ist höchste Zeit, der Bundesregierung das Grundgesetz vorzulegen und vorzulesen:

### Artikel 1 GG

**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!



# Wie geht es denn eigentlich den Griechen?

## Stabile Depression oder mögliche Entschuldung



**In Ferienlaune verlasse ich den Flieger in Aktio/Preveza. Schnell werde ich nachdenklich. Was soll der Schriftzug „Fraport“, der mir ins Auge springt? Schnell, aber ungenau erinnere ich mich daran, dass da mal was mit Griechenland war. Verschuldung, Tzipras, Syriza, Varoufakis, Austritt aus dem Euro, Privatisierung von Häfen und Flughäfen fallen mir ein.**

Für viele war Alexis Tsipras mit seiner Partei Syriza 2015 eine Hoffnung, die letzte Hoffnung. Inzwischen haben viele Griechen das Vertrauen in die Politik verloren. Sie fühlen sich von Tsipras verraten. Der Staat hilft nicht mehr - kann wohl auch nicht mehr helfen.

Die den Griechen auferlegten Spar- und Reformmaßnahmen werden mehr und mehr hinterfragt und abgelehnt und ihre griechischen Vollstrecker fallen bei Umfragen auf 16,5 Prozent - nach rund 35,5 Prozent bei der Parlamentswahl 2015. 85,5 Prozent der Befragten sind der Meinung, Griechenland bewege sich wirtschaftspolitisch in die falsche Richtung. Die konservative Oppositionspartei Nea Dimokratia (ND) liegt bei derzeitigen Umfragen bei 32,5 Prozent. Im September 2015 lag sie noch bei 28,1 Prozent.

Leicht nachvollziehbar ist, dass Rentenkürzungen und zusätzliche Steuern in Höhe von beinahe fünf Milliarden Euro nicht gut ankommen. Sie wurden vom Parlament gebilligt, um Sparwillen zu dokumentieren und das Rettungsprogramm nicht scheitern zu lassen.

Hohe Steuern und hohe Sozialabgaben führen in die Schwarzarbeit. Man mag das als verwerflich ansehen, aber wer kann den Griechen so ein Verhalten verdenken? Eine Bildunterschrift in der Süddeutschen Zeitung von 1. Juni 2017: „Auf der Suche nach Essensresten in Athen.: „Für die Griechen war und ist die Krise ein Desaster.“ Es geht bei vielen nicht um den eventuellen Verkauf des Drittwagens, sondern um die Existenz.

Für 2019 und 2020 sind weitere Rentenkürzungen angekündigt. In Athen wurde heftig dagegen protestiert. Die nationale Grundrente beläuft sich seit

der Rentenreform von 2016 auf 384 Euro. Die Arbeitslosigkeit bei Griechinnen und Griechen unter 25 Jahren liegt bei 50 Prozent. D.h. jeder zweite junge Grieche ist arbeitslos! Seit 2008 haben 800.000 Griechen ihr Land verlassen. Nicht aus Abenteuerlust, sondern aus der Not heraus,

Der rigide von außen auferlegte Sparzwang und gefordertes Wachstum gehen nicht zusammen. Die oktroyierte Haushaltsdisziplin, genauer „Sparpolitik“ und noch genauer „Sozialabbau“ trifft auch hier die Ärmsten. Hoffnungslosigkeit wird das demokratische System beschädigen und sogenannte „Populisten“ werden die „Krisengewinnler“ sein. Unter den gegebenen Umständen werden auch sie keine Arbeitsplätze schaffen können.

Das derzeitige Rettungsprogramm in Höhe von 86 Milliarden Euro wird 2018 auslaufen. Griechenlands öffentliche Schulden belaufen sich auf 326 Mrd. Euro. Das ist eine Schuldenquote von 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. (Die Berechnungsgrundlagen sind nicht unumstritten!) Griechenland ist das am meisten verschuldete Land in der EU. Wenn es sich 2018 wieder auf dem Kapitalmarkt bedienen soll, dann muss es bis dahin kreditwürdig sein. Ein hoch verschuldetes Land ist nicht kreditwürdig. Aber kurzfristig wird sich die Lage nicht verbessern.

Wie es aussieht, kann sich Griechenland nicht am eigenen Schopf aus dem Schuldensumpf ziehen - auch nicht mit den Milliarden des Rettungsprogramms. Als Konsequenz bleibt nur ein Schuldenschnitt, d.h. ein Erlass von Schulden, ergänzt durch Zinssenkungen und Verlängerung von Laufzeiten der Kredite. Der Internationale Währungsfond (IWF) fordert Schuldenerleichterungen. Bundesfinanzminister Schäuble will erst nach Ablauf des aktuellen Sparprogramm im Sommer 2018 darüber reden. Es ist ein Teufelskreis. Der IWF fordert Schuldenerleichterungen und sollten diese nicht gewährt werden, beteiligt sich der Fond nicht am laufenden Kreditprogramm. Deutschland und andere EU-Länder machen aber eine IWF-Beteiligung zur Voraussetzung für weitere Hilfen. Deutschlands Finanzminister Schäuble (CDU) lehnt einen

Schuldenschnitt ab. Außenminister Gabriel (SPD) stellt sich gegen den Finanzminister. Er fordert die versprochene Schuldenerleichterung, da Griechenland Reformen durchgeführt habe. Griechenland muss im Juli Zinsen und Tilgungen auf Kredite in Höhe von sechs Milliarden Euro leisten.

Offen muss bleiben, ob der deutsche Finanzminister - gewiss keine Freund der Linken - sein Mütchen an der linken Syriza kühlen möchte. Aber vielleicht sieht er in der Behandlung der Griechen nur einen Erziehungsauftrag. Traurig nur, dass dieses Verhalten wieder die Armen und Ärmsten trifft.

Wer ist „schuld“ an der Situation Griechenlands? Die Antwort kann man sich einfach machen: „Die haben einfach über ihre Verhältnisse gelebt. Wären die Griechen reformfreudiger ginge es ihnen besser und würden sie noch mehr sparen, ginge es ihnen noch viel besser.“

Staatsverschuldung, wenn auch in geringerem Umfang, ist nicht nur in Griechenland zu finden und dass ein Land „totgespart“ werden kann, ist auch bekannt. Gewiss war die „Steuer Ehrlichkeit“ keine besonders ausgeprägte Tugend bei vielen Griechen. Es war zumindest in einem belegbaren Fall nicht so einfach eine Steuererklärung abzugeben. Schließlich erkannte der Steuerpflichtige seinen Fehler. Er hatte es versäumt, seinen Unterlagen einen der Bearbeitung förderlichen Schein beizulegen. - Aber es tut sich was! Finanzkontrolleure sind auch auf kleineren lokalen Festen anzutreffen. Sie kontrollieren u.a. die Händler und die Beherbergungsbetriebe. Zahlungsbelege werden beim Tanken, in den Restaurants und sogar beim Kauf einer Tüte Eis verteilt - nachweislich einer Mehrwertsteuer von 25 Prozent - einem Viertel des Rechnungsbetrags!



**Norbert Kern**  
Wendelsheim

Übrigens: Fraport Crece (eine Tochter der Fraport AG) betreibt 14 griechische Regionalflughäfen.

# Fettleibigkeit - Volkskrankheit Nr. 1

## Schulobstprogramm ausbauen

**Beim Rottenburger „Bündnis für Familien“ hielt Kinderarzt Tobias Pantalitschka kürzlich einen Vortrag über Adipositas, den Fachbegriff für Fettleibigkeit. Dies ist wie Magersucht eine Essstörung, die in frühester Kindheit beginnt und an der sechs bis acht Prozent der Kinder leiden – Tendenz steigend.**

Dafür gibt es viele Gründe, wie Pantalitschka zeigte, von falscher Ernährung, Bewegungsmangel (Fernseh- und Computersucht), Schlafstörungen bis zu Konflikten zwischen den Eltern oder dicken Eltern als schlechtem Vorbild.

In Finnland hat sich die Anzahl dickleibiger SchülerInnen seit 2013 halbiert, wie die WHO lobend feststellt. Denn die Regierung hat ein umfassendes Programm gegen die Volkskrankheit ausgearbeitet, von der Elternaufklärung vor der Geburt in Familienberatungszentren über Kitas bis zu den

Schulen: Sitzbälle statt Stühle und Kurzgymnastik im Unterricht, gesundes Mittagessen in der Schulkantine, Bewegungsangebote am Nachmittag. Die EU fördert seit einigen Jahren Schulobst und Milch an den Schulen, um schädliche Ernährung mit Zucker, Kakao, Erdbeermilch oder Fruchtojoghurts einzudämmen.

In Baden-Württemberg erhalten aktuell 390.000 Kinder zwei- bis dreimal wöchentlich frisches Obst und Gemüse in den Kitas und Schulen, 86.000 Kinder nehmen am Schulmilchprogramm teil. Auf Initiative von **Dr. Emanuel Peter (DIE LINKE)** hatte auch Rottenburg das Programm in den Kitas gestartet. In diesem Schuljahr profitieren vom Schulobst 13 Schulen und acht Kindergärten. Immerhin!

Vorbeugung ist billiger als Krankheitsbehandlung: Nach Angabe von Kinderarzt Pantalitschka verursachte Adipositas schon 2013 Kosten von 13 Milliar-

den Euro, 2020 sollen sie auf 26 Mrd. Euro steigen. Da ist es doch unverständlich, dass die EU jetzt ihr Programm von 7,5 auf 4,7 Millionen Euro kürzt! **Völlig skandalös ist das Verhalten der grün-schwarzen Landesregierung, von der in den letzten Jahren kein Cent dafür kam, sie hat lediglich die EU-Gelder weitergeleitet und nach Sponsoren gerufen.**

Dr.Pantalitschka rief im Familienbündnis dazu auf, „kleine Schritte“, sprich Verhaltensänderungen mit den Betroffenen zu vereinbaren und in Kitas und Schulen das Thema Gesundheit und Ernährung viel stärker zu behandeln.

**DIE LINKE** wird sich dafür einsetzen, dass in allen Kitas und Schulen Obst, Gemüse und Milch (alles von Biobauern der Region) kostenlos angeboten wird und die Landesregierung die ausfallenden EU-Gelder übernimmt!

## „Baustelle Bildung – Betreten auf eigene Gefahr!“

**Große Protestaktion, Freitag, 30. Juni 2017, Stuttgart, Schillerplatz, 15.00 bis 16.30 Uhr**

**Unter diesem Motto ruft die GEW Baden-Württemberg alle auf, denen das Wohl der Kinder und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte unter der grün-schwarzen Chaos-Politik nicht egal sind. (Siehe Kasten)**

Kultusministerin Eisenmann steht gerade im Kreuzfeuer der Kritik bei der Umsetzung der Inklusion an den allgemeinbildenden Schulen: Für die angemessene Förderung behinderter Kinder fehlen überall Lehrkräfte und Geld für die Ausstattung. Überhaupt fehlt es ihr an Übersicht, denn sie will den eklatanten Lehrermangel – bis 2030 fehlen 8.000 GrundschullehrerInnen – mit der Abschaffung der Fremdsprache in der Grundschule ab der 1.Klasse lösen. Lächerlich!

Für den Sanierungsstau verfallender Schulgebäude stellt sie für drei Jahre 155 Millionen Euro zur Verfügung, während der Städtetag die notwendigen Sanierungen auf vier Milliarden bezif-

**„Es klemmt an alle Ecken und Enden. Ob Stellenstreichungen und unzureichende Unterrichtsversorgung in den Schulen, Fachkräftemangel und schlechte Arbeitsbedingungen in Kitas oder mangelnde Unterstützung für Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Fachkräfte – die Liste mit Baustellen ließ sich noch lange weiterführen.“**  
(Demo-Aufruf der GEW)

fert. Um von ihren Fehlplanungen abzulenken, will Grün-schwarz jetzt die „Digitalisierung“ des Unterrichts als Prestigeprojekt vorantreiben: Jedes Kind soll ab der Grundschule programmieren lernen. Die Grundschule Wurmlingen spielt regional den Vorreiter. Nach An-

sicht der Landesregierung gehört die notwendige digitale Ausstattung in Millionenhöhe zu den Lernmaterialien, die die Kommunen zu tragen haben! Denn Kretschmann und seine Finanzministerin Edith Sitzmann lehnen weiterhin die GEW-Forderung nach einer Vermögenssteuer ab und wollen für ihre „Schwarze Null“ das Bildungschaos auf dem Rücken von Kindern, Eltern und Lehrkräften austragen.

Gegen diesen Unsinn heißt es:

**Auf nach Stuttgart!**



**Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat**

# Der Tag der Arbeitenden im Sozialismus

## Bericht von einer Arbeitsbrigade in Cuba

**Ein wichtiger Bestandteil der weltweiten Solidarität mit dem sozialistischen Cuba sind die zu verschiedenen Anlässen stattfindenden Arbeitsbrigaden. Ich wollte mir dieses Jahr die Chance, an der größten Maidemonstration der Welt teilzunehmen, nicht entgehen lassen und entschloss mich zur Teilnahme an einer Brigade.**

Angekommen am Flughafen von Havanna wurde ich nicht nur vom schwülwarmen Klima, sondern zum Glück auch von einer Mitarbeiterin des cubanischen Instituts für Völkerfreundschaft empfangen (Instituto Cubano de Amistad con los Pueblos - ICAP). Das ICAP ist die zentrale Anlaufstelle für alle Freundinnen und Freunde Cubas in der Welt und verschiedenster Aufenthaltsprogramme auf der sozialistischen Insel. Meine Unterkunft für die nächsten zwei Wochen war ein eigens für die Brigaden errichtetes Camp westlich von Havanna. Neben mir waren 280 andere Brigadistas aus insgesamt 29 verschiedenen Ländern angereist. Zu meinem Erstaunen stammte die größte Delegation ausgerechnet aus den USA. Diese Tatsache unterstreicht, dass in den letzten Jahren eine immer größer werdende Anzahl von US-Bürgern eine Abkehr von der feindlichen Politik ihrer Regierung gegenüber Cuba fordert.

Um jedoch nicht auf das Handeln von Regierungen warten zu müssen, haben wir Brigadistas die Teilnahme an einer Arbeitsbrigade gewählt, um unsere Solidarität mit Cuba auch in die Tat umzusetzen. Konkret bedeutete dies, dass wir bereits am Tag nach der Ankunft frühmorgens zur Feldarbeit angetreten sind. Mit einfachsten Mitteln befreiten wir Gemüseäcker und Obstplantagen von Unkraut, welches im tropischen Klima bestens gedeiht. Eine Folge der US-Blockade ist, dass die cubanische Landwirtschaft weitgehend ohne Düngemittel, Traktoren und andere Gerätschaften auskommen muss. Neben hart arbeitenden Bäuerinnen

und Bauern gehört deshalb der Anblick eines Ochsenpfluges in Cuba auch im 21. Jahrhundert noch zu den normalsten Dingen der Welt.

Aufgrund der stechenden karibischen Sonne wurden jedoch immer nur die Vormittage gearbeitet, so dass viel Zeit für ein abwechslungsreiches Besuchsprogramm frei blieb. Dabei besuchten wir unter anderem die Verwaltung einer ländlichen Provinz, Studierende der Medizin, den cubanischen Frauenverband und Gewerkschafter\*Innen. Bei diesen Treffen konnten wir in sehr



ehrlich geführten Gesprächen einen tiefgreifenden Einblick in den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft bekommen.

Zu den emotionalsten Momenten für mich gehörte dabei ein Gespräch mit einem pensionierten Englischlehrer namens Oswaldo, der in einer modernen Siedlung in der zentral in Cuba gelegenen Stadt Cienfuegos wohnt. Der ältere Herr kam während des Besuchs unserer Brigade in einer Siedlung aus 109 baugleichen Häusern auf mich zu und bot mir voller Begeisterung eine Führung durch sein Haus an. Dabei erzählte er mir, dass die Häuser allesamt ein Geschenk des sozialistischen Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez gewesen waren. Der cubanische Staat übergab die bereits komplett eingerichteten Häusern daraufhin mietfrei an Menschen, die sie besonders benötigten. So kam auch Oswaldos Familie zu ihrem neuen Haus, da seine schwerkranke Enkeltochter auf eine barrierefreie Wohnumgebung angewiesen ist.

Neben diesen eindrucksvollen Gesprächen mit Cubanerinnen und Cubanern gehörte die große Parade zum 1. Mai zu den großen Höhepunkten der Brigade. Von der Ehrentribüne an der Plaza de la Revolución aus durften wir Brigadistas miterleben, wie über 1 Million Menschen mit selbstgebastelten Plakaten und Transparenten in bester Feierstimmung durch Havanna zogen, um die arbeitende Klasse und ihre tagtäglichen Leistungen gebührend zu ehren.

Die Vorbereitungen für den Maifeiertag waren im ganzen Land zu spüren gewesen. In fast jeder Stadt Cubas wurden Straßen und Häuser festlich dekoriert und Bühnen aufgebaut. So wundert es nicht, dass insgesamt knapp 6 Millionen Menschen in Cuba an den landesweit abgehaltenen Feierlichkeiten zum 1. Mai teilgenommen haben. Bedenkt man, dass die Insel nur etwas mehr als 11 Millionen Einwohner hat, wird die Bedeutung des Feiertags im sozialistischen Cuba erst richtig klar.

Gleichzeitig war die enorme Beteiligung auch ein deutlicher Ausdruck der Bevölkerung Cubas, den sozialistischen Weg weiter zu gehen und sich nicht von den jüngsten Drohgebärden des neuen US-Präsidenten Trump einschüchtern zu lassen.

Wir in Europa können die Cubanerinnen und Cubaner dabei durch unsere aktive Solidarität tatkräftig unterstützen. Schließlich kann das durch mehr als ein halbes Jahrhundert US-Blockade stark gebeutelte Land gerade vor dem Hintergrund des Rechtsrucks in Lateinamerika und den USA unsere Unterstützung dringend gebrauchen.

**Florian Lany**

Weitere Infos über die deutsche Solidaritätsarbeit gibts auf der Homepage der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba unter [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## Warum nur? - Warum? DIE LINKE - ungeliebt und ungewählt

Die vergangenen Landtagswahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein waren für **DIE LINKE** nicht erfolgreich, zumindest nicht so erfolgreich, dass es zum Einzug in die Parlamente in Schleswig-Holstein und in NRW gereichte hätte.

Gerade das Ergebnis in NRW ist enttäuschend. Nicht nur, weil **DIE LINKE** mit 4,9 Prozent ganz knapp an der 5-Prozent-Klausel scheiterte, sondern auch deshalb, weil nun eine schwarz-gelbe Landesregierung droht. Zwar konnte **DIE LINKE** die Anzahl der Stimmen, die für sie abgegeben wurden, nahezu verdoppeln, aber gereicht hat es trotzdem nicht.

### Was steckt hinter der Abneigung, ja Abscheu, **DIE LINKE** zu wählen?

Es muss die Angst sein, von einem sozialen Virus befallen zu werden. Wer **DIE LINKE** wählt, wird - so die Furcht - von einem traurig machenden Virus infiziert. Er wird von einer Krankheit erfasst, die ihn soziale Ungleichheit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, im Mittelmeer ertrinkende Menschen, eine Bundeswehr, die an Kriegen beteiligt ist, die Hartz-IV-Regelungen jener unsäglichen Agenda

2010 und so weiter und so weiter nicht übersehen lassen können. Deshalb werden die Wähler der **LINKE** eher früher als später depressiv, denn sie leiden unter den desolaten Umständen. Auch Mitbürger erkennen diesen Zustand und meiden den Kontakt zu den Angesteckten, denn sie gehen davon aus, dass auch sie befallen werden könnten



wie von einem grippalen Infekt oder vom Aussatz. Sie werden keinen glücklichen Moment in ihrem Leben mehr erleben. Übrig bleibt ein Leben ohne Freude, ein Leben mit andauerndem schlechten Gewissen, ein Hinvegetieren ...

Dem kranken, gescheiterten **LINKE**-Wähler haftet etwas von Verlierern, Versagern, Schwächlingen an. Und wer möchte mit solchen Leuten schon was zu tun haben? Aufgeplusterte Siegertypen sind gefragt, egal wie hohl ihre (Wahl-)Versprechungen auch sind und wie stark sie sich geschminkt haben. Fassade zählt und nicht, was dahinter steckt. Irgendwie dünsten **DIE LINKE** und ihre Wähler einen strengen, üblen Geruch nach sozialer Gerechtigkeit aus. Wenige nur möchten (Koalitions-) Partner von Leuten werden, die - pardon - nach sozialer Gerechtigkeit stin-

ken. Unerträglich finden diesen Gestank die SPD, die CDU/CSU und die FDP sowieso. Nur **DIE LINKE** nicht, denn sie kennt diesen Geruch und findet ihn sehr angenehm. Es ist sozusagen der Stallgeruch sozial Gleichgesinnter.

Wahlforscher behaupten, der Wähler wähle lieber das Original einer Partei und nicht die schlechte Kopie. Irgendetwas stimmt an dieser Aussage nicht, denn sonst müssten sehr viele Wähler **DIE LINKE** wählen:

***DIE LINKE ist das Original für soziale Gerechtigkeit.***

Andere Parteien sind leicht als drittklassige Kopien auch von sozialpolitischen Laien zu erkennen.

Man muss ja die Partei der sozialen Gerechtigkeit, sollte man sie wählen, nicht lieben, aber eine Partei, die die Kluft zwischen den Supersuperreichen und den Niedriglöhnern verringern möchte, müsste eigentlich eine Wählerstimme wert sein.

Und übrigens: Wer **DIE LINKE** wählt, wird nicht trübsinnig. Ganz im Gegenteil: In ihm und um ihn breitet sich ein pudelwohligen Wohlfühlen aus. Probieren Sie's mal am 24. September!

Norbert Kern, Wendelsheim

#### Termine:

##### Info-Stand **DIE LINKE** Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 3. Juni 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

##### Kommunaler Arbeitskreis **DIE LINKE** Rottenburg

Mittwoch, 7. Juni 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte

Bei Taki, Rutenweg 11 (Kleintierzüchterverein)

Bitte beachten!!!

##### Info-Stand **DIE LINKE** Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 22. Juli 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

##### Kommunaler Arbeitskreis **DIE LINKE** Rottenburg

Mittwoch, 26. Juli 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7 (1. Stock über der Bäckerei)

#### Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:

facebook.com/solid-rottenburg-a.n.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe: Freitag, 14. Juli 2017

## **DIE LINKE.** Neues aus dem Neckartal

#### Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an



Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



#### Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



#### V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg  
Eichendorffstr. 49